

**Vorlage
für die Sitzung
des Jugendhilfeausschusses der Freien Hansestadt Bremen
am
19.12.2024**

**TOP 5 Förderrichtlinien für Beratungsstellen im Kinderschutz sowie Frühbera-
tungsstellen, Wellcome und ProKind**

A. Problem

Laut den Verwaltungsvorschriften zu § 23 LHO müssen für die beiden Förderarten institutionelle und Projektförderung Förderrichtlinien die als Verständigungsbasis zwischen Zuwendungsgebern und Zuwendungsempfängern dienen, erlassen werden. Für die Maßnahmen im Kinderschutz sowohl in den Frühen Hilfen, als auch der Fachberatung durch freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe im Kinderschutz, ist dies bislang noch nicht erfolgt.

B. Lösung

Mit den hier im Anhang versandten Förderrichtlinien wird dieser Mangel behoben und die den Rahmen beschriebenen Regelungen sollen ab dem 01.01.2025 in Kraft gesetzt werden. Die Förderrichtlinien sind in dieser Form zunächst für 5 Jahre wirksam.

C. Alternativen

keine

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Es gibt keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz steht nichts entgegen.

G. Beschlussvorschlag

Bitte um Zustimmung

Anlage:

Entwurf Förderrichtlinien Beratungsstellen im Kinderschutz sowie kommunale Maßnahmen der Frühen Hilfen.

19.12.2024



Förderrichtlinie der Stadtgemeinde Bremen zur Gewährung von Maßnahmen in der Stadtgemeinde Bremen zur Verbesserung der Lebenssituation junger Menschen

1. Zuwendungszweck und Rechtsgrundlage

Die Stadtgemeinde Bremen fördert Maßnahmen für junge Menschen, ihre Familien, Angehörige, Fachkräfte und weitere Beteiligte, die zum Schutz und Wohl junger Menschen beitragen. Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie öffentlichkeitswirksame Sensibilisierungsarbeit der bremischen Bevölkerung sind hierfür zentral.

Die Freie Hansestadt Bremen gewährt Zuwendungen gemäß §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO), den dazugehörigen Verwaltungsvorschriften (VV) und dieser Richtlinie für Maßnahmen, die zum Schutz und Wohl junger Menschen in Bremen beitragen. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach pflichtgemäßem Ermessen. Einmal gewährte Zuwendungen begründen keinen Rechtsanspruch in den Folgejahren.

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden im Zuwendungsbescheid genannte Maßnahmen, die niedrigschwellig und präventiv die Lebenssituation junger Menschen und Familien verbessern und ein gesundes Aufwachsen ermöglichen sollen. Die Bewilligungsbehörde unterstützt ausschließlich Maßnahmen, die sich auf Themenkomplexe wie Junge Menschen und Junge Familien im Kontext Früher Hilfen beziehen.

Förderfähige Maßnahmen im Bereich Frühe Hilfen umfassen u. a.:

- Frühberatungsstellen zur Beratung und Unterstützung für (werdende) Eltern und junge Familien mit Kindern im Alter von 0-3 Jahren.
- Aufsuchende und niedrigschwellige präventive Angebote für Eltern mit Kindern von 0-3 Jahren.
- „Türöffner“-Angebote wie Kursangebote und Hausbesuche.
- Maßnahmen zur Förderung gesunder und gewaltfreier Entwicklungsbedingungen für Säuglinge und Kleinkinder.
- Präventionsangebote in Familien, Kitas und Schulen.
- Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Netzwerk Frühe Hilfen.
- Planung und Organisation von Veranstaltungen und Projekten im Bereich Frühe Hilfen.
- Fachtage, Filmreihen, Fortbildungen und Publikationen zu Frühen Hilfen.

Der Förderantrag muss das Ziel der Maßnahme klar benennen. Da der Bereich Frühe Hilfen ressortübergreifend ist (insbesondere Gesundheit und Bildung), soll stets eine mögliche Mitförderung anderer Ressorts geprüft werden.

Personalausgaben sind mit den notwendigen Personaldaten und Eingruppierungsmerkmalen gemäß geltendem Tarifvertrag vorzulegen. Ausnahmen gemäß § 44 Absatz 1a LHO (Besserstellungsverbot) sind zu beachten. Stellenbeschreibungen sollen die Tätigkeit und Zielsetzung der Position klar benennen. Honorarvereinbarungen sind als Sachausgaben (Dienstleistungen) im Antrag auszuweisen.

3. Zuwendungsempfängende

Antragsberechtigt sind anerkannte Träger der freien Jugendhilfe, die ihren Wohn-/Geschäftssitz oder Tätigkeitsschwerpunkt in Bremen haben.



4. Zuwendungsvoraussetzungen

Die Förderung erfolgt gemäß den Verwaltungsvorschriften zu §§ 23 und 44 LHO und unter dem Subsidiaritätsprinzip. Zuwendungen werden nur für Projekte bewilligt, die noch nicht begonnen haben; Ausnahmen können auf Antrag gewährt werden. Antragstellende müssen vorrangig eigene und ihnen zur Verfügung stehende Mittel einsetzen und Einnahmen (z. B. Spenden) sowie Förderung durch andere Institutionen angeben. Einnahmen umfassen alle Drittmittel, Projektgelder und eigene Mittel.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

Die Förderung steht unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch den Senat und die Bürgerschaft.

- **5.1. Zuwendungsart**
Die Zuwendung erfolgt als Projektförderung und wird im Zuwendungsbescheid ausgewiesen.
- **5.2. Finanzierungsart**
Zuwendungen werden in der Regel zur Teilfinanzierung des Zuwendungszwecks als Anteils-, Fehlbedarfs- oder bis zu 5.000 € als Festbetragsfinanzierung bewilligt. Ein Eigenanteil und weitere Drittmittel sind stets zu prüfen.
- **5.3. Bemessungsgrundlage**
Die Bemessungsgrundlage umfasst die im Finanzierungsplan angegebenen zuwendungsfähigen Ausgaben, projektbezogenen Einnahmen sowie den Eigenanteil. Verwaltungsgemeinkosten (z. B. Gehälter der Geschäftsführung, Mietkosten, Verwaltungskosten) werden grundsätzlich nicht pauschal gewährt, es sei denn, sie betragen weniger als 500 € und überschreiten 5 % der beantragten Zuwendung nicht.

Falls eine höhere Pauschale für Gemeinkosten erforderlich ist, sind die jeweiligen Ausgabenpositionen im Antrag zu begründen. Ein entsprechendes Formular (Anlage 3) ist vor der Antragstellung einzureichen. Kalkulatorische oder fiktive Kosten (z. B. Abschreibungen, Eigenmiete, Unternehmenslohn) sowie Ausgleichsabgaben für schwerbehinderte Beschäftigte (§ 160 SGB IX) und externe Rechts- oder Beratungskosten, die keinen Bezug zum Fördergegenstand haben, sind nicht förderfähig.

6. Verfahren

Der Förderantrag ist mit rechtsverbindlicher Unterschrift bei der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, Referat 20, Bahnhofplatz 29, 28195 Bremen einzureichen. Ein Formular zur Antragstellung wird (Anlage A) zur Verfügung gestellt. Der Antrag muss alle Angaben zur Nachweisführung der Zuwendungsvoraussetzungen enthalten.

Die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie Nachweise und Prüfungen der Verwendung erfolgen gemäß den VV-LHO zu § 44 sowie den §§ 48, 49 und 49a des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BremVwVfG). Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration behält sich vor, den Zuwendungsbescheid teilweise oder vollständig zu widerrufen, wenn haushaltswirtschaftliche Gründe dies erforderlich machen.

7. Auftragsvergabe, Beschaffung, Verwendung von Gegenständen

Bei der Vergabe von Aufträgen sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten. Gegenstände, die aus Zuwendungsmitteln beschafft oder hergestellt wurden, sind für die Zwecke der Zuwendung einzusetzen, sorgfältig zu behandeln und zu inventarisieren.

8. Verwendungsnachweisverfahren

Falls im Zuwendungsbescheid nicht abweichend festgelegt, ist der Verwendungsnachweis bis zum 30. Juni des auf den Bewilligungszeitraum folgenden Kalenderjahres bei der Senatorin für Arbeit,



Soziales, Jugend und Integration einzureichen. Der Verwendungsnachweis umfasst einen Sachbericht, die Dokumentation der erreichten Ziele, einen Stellenplan und einen zahlenmäßigen Nachweis, der in der Gliederung des Finanzierungsplans auszuweisen ist.

9. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Sonstige Bestimmungen sind im Zuwendungsbescheid unter „Allgemeine Nebenbestimmungen“ enthalten. Weitere Nebenbestimmungen sind in der Anlage ANBest-P für Projektförderungen festgelegt und als Bestandteil des Zuwendungsbescheides umzusetzen. Die Zuwendung muss gemäß den Gender-Budgeting-Vorgaben erfolgen, welche eine geschlechterspezifische Bestandsanalyse aller Personenstandseinträge (weiblich, männlich, offen, divers) verlangen.

Bei Projekten, Broschüren und Internetveröffentlichungen ist die Förderung durch die Freie Hansestadt Bremen entsprechend zu kennzeichnen.

10. Geltungsdauer

Diese Förderrichtlinie tritt am 1. Januar 2025 in Kraft und gilt zunächst für fünf Jahre.

Anlagen

Anlage A: Antragsformular mit dazugehörigen Anlagen

Anlage B: Nachweis pauschale Ausgaben



Anlage A: Antragsformular mit dazugehörigen Anlagen

Antrag auf Projektförderung

Allgemeine Angaben			
Antragssteller: in (genaue Bezeichnung)			
Name der Ansprechperson			
E-Mail			
Telefon			
FAX			
Bankverbindung	Kontoinhaber: in		
	IBAN		
	Bankinstitut		
Antragssteller: in-ID (falls bekannt)			

Hiermit beantragen wir für das Haushaltsjahr 2025
eine Zuwendung in Höhe von:

Angaben zum Antrag	
Kurzbezeichnung/Antragstitel	
Standort des Projekts	
Förderzeitraum	
Gesamtfinanzierung gesichert	
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein (dadurch ist eine Finanzierung nicht möglich)
Angaben zur Einrichtung	
Informationen zur Einrichtung liegen bereits vor, vergleiche Antrag vom	
Seit wann ist Ihre Einrichtung in diesem Bereich aktiv?	
Beschreiben Sie kurz die Aufgaben Ihrer Institution.	
Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe	Ja, seit
	Nein
Berechtigung zum Vorsteuerabzug (falls ja, im Kosten- und Finanzierungsplan nur Netto-Beträge angeben)	
<input type="checkbox"/> Ja, die Umsatzsteuer-ID lautet:	
<input type="checkbox"/> Nein	

Verwendungszweck	
Bedarfs- oder Problemlage in Bezug auf dieses Projekt:	
Bitte schildern Sie den Bedarf für das Projekt.	
Möchten Sie mit Ihrem Angebot eine konkrete Zielgruppe erreichen? Wenn ja, welche?	
Bitte eintragen	
Welche Ziele verfolgen Sie mit dem Projekt? Welche Methoden werden eingesetzt, um sie zu erreichen? Beschreiben Sie die Ziele des Projekts bezogen auf die Bedarfe (siehe oben). Die Maßnahmen müssen sich in den Finanzierungsplan aufgeführten Sachkosten nachvollziehbar wiederfinden.	
Bitte eintragen	
Wie stellen Sie Niedrigschwelligkeit her (Ansprache der Zielgruppe(n), Durchführung der Maßnahme, etc.)?	
Wird das Projekt in Kooperation mit einem anderen Träger durchgeführt?	
Die Angabe von Kooperationspartner:innen ist auch erforderlich, wenn diese sich nicht finanziell beteiligen.	
Ja, mit folgenden Kooperationspartner:innen	
Nein	
Anhand welcher Faktoren/Indikatoren wollen Sie überprüfen, ob Sie Ihre Ziele erreicht haben?	
Vorgegeben ist die Teilnehmendenstatistik nach Geschlecht und Alter. Diese Daten müssen erhoben werden.	
Indikator	Maßeinheit
	geplant
In welcher Form und in welchem Umfang tragen Sie durch Eigenleistung zur Durchführung des Vorhabens bei? (Zum Beispiel durch den Einsatz Ehrenamtlicher ohne Aufwandsentschädigung)	

- Anlage 1 Erklärung
- Anlage 2 Stellenplan
- Anlage 3 Honorarausgaben und Sachaufwendungen
- Anlage 4 Ausgaben
- Anlage 5 Finanzierungsplan

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers/der
Antragstellerin



Anlage 1 Erklärung zur Einhaltung von Verwaltungsverordnungen und Mindestlohngesetz

Laut Landeshaushaltsordnung dürfen Zuwendungen grundsätzlich nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind.

Falls ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn notwendig ist, kann dies im Einzelfall unter Beifügung einer kurzen Begründung beantragt werden. In diesem Fall kann ein Vorbescheid ergehen, der - ohne Rechtsanspruch auf eine spätere Zuwendung - den vorzeitigen Maßnahmenbeginn zulässt.

Mir/uns ist bekannt, dass ein Beginn der Maßnahmen - dazu zählt bereits der Abschluss eines der Ausführung zugrundeliegenden Lieferungs- und Leistungsvertrages (z. B. Bestellung, Kaufvertrag, Honorarvertrag) - ohne vorherige Bewilligung bzw. schriftliche Zustimmung der Bewilligungsbehörde den Förderausschluss zur Folge hat.

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass mit der geplanten Maßnahmen noch nicht begonnen wurde.
Ich/wir beantrage/n den vorzeitigen Maßnahmenbeginn.
Und vor Erhalt eines Bescheides wird auch nicht mit der geplanten Maßnahme begonnen.

Bitte ausfüllen. Eine Begründung ist zwingend erforderlich.

Landesmindestlohngesetz

Der/die Zuwendungsempfänger: in hat seinen Arbeitnehmer: innen mindestens den nach dem Dementsprechend verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, meinen/unseren Arbeitnehmer: innen mindestens ein Entgelt je Zeitstunde gemäß dem aktuell gültigen Mindestlohngesetz für das Land Bremen (Landesmindestlohngesetz) zu zahlen.

Wird kein Mindestlohn gezahlt, kann der Zuwendungsbescheid auch mit Wirkung für die Vergangenheit widerrufen werden. Bereits gewährte Zuwendungen wären in diesem Fall nach Maßgabe des § 49a BremVwVfG zu erstatten.

Besserstellungsverbot

Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen nach § 23 LHO zur institutionellen Förderung dürfen nur mit der Auflage bewilligt werden, dass der/die Zuwendungsempfänger:in seinem Beschäftigten nicht besserstellt als vergleichbare Beschäftigte der bremischen Verwaltung; vorbehaltlich einer abweichenden tarifvertraglichen Regelung dürfen deshalb keine günstigeren Arbeitsbedingungen vereinbart werden, als sie für Beschäftigte der bremischen Verwaltung jeweils vorgesehen sind. Entsprechendes gilt für die Projektförderung, wenn die Gesamtausgaben des/der Zuwendungsempfängers/Zuwendungsempfängerin überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Ausnahmen aufgrund einer abweichenden tarifvertraglichen Regelung dürfen grundsätzlich nicht zu einer Erhöhung der Zuwendung führen. Mehrausgaben aufgrund der Finanzierung der besser gestellten Beschäftigten sind durch Eigenmittel oder durch Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben des Zuwendungsempfängers aufzufangen. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind besonders zu begründen.



Datenschutz/Kontrollen

Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens erforderlich ist (§ 11 Abs. 1 Bremisches Datenschutzgesetz - BremDSG). Es gelten die Auskunfts- und Berichtigungsrechte nach dem BremDSG in der jeweils geltenden Fassung.

Mir/Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben (vgl. § 3 Datenschutzordnung der Bremischen Bürgerschaft) die Namen der Zuwendungsempfänger: innen, die Höhe der Zuwendung, der Zweck (ggf. mit einer Darstellung der regionalen Zuordnung der Maßnahme) sowie die Zuwendungsart und die Finanzierungsart im Rahmen eines Zuwendungsberichts - sofern überwiegende schutzwürdige Interessen nicht entgegenstehen - veröffentlicht werden. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des/der Zuwendungsempfängers/Zuwendungsempfängerin bzw. des Zuwendungszwecks nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Dies ist beispielweise der Fall, wenn die Angaben den/der Zuwendungsempfängern/Zuwendungsempfängerin in seiner besonderen persönlichen Situation (gesellschaftliche, familiäre, wirtschaftliche, rechtliche) nachteilig berühren und aus diesem Grund ein Interesse an der Nichtverwendung der Daten besteht. Der Zuwendungsbericht wird auch im Internet veröffentlicht.

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass

- die Angaben im und zum Antrag zu statistischen Zwecken gespeichert werden können.
- die Angaben im und zum Antrag zu statistischen Zwecken gespeichert werden können.
- meine/unsere Daten (Bezeichnung des Projekts, Ansprechpartner: in für Interessierte / Anmeldung von Teilnehmer: innen, Zeitpunkt, Ort etc.) in einer Übersicht der geförderten Projekte auf der Internetseite der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen veröffentlicht werden

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers/der
Antragstellerin

Referat 20

Anlage 2 Stellenplan

Bitte für alle festangestellten Mitarbeitenden ausfüllen.

Person 1

Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt	Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt		
<i>Bitte eintragen</i>	<i>Bitte eintragen</i>		
Jahresgesamtsumme:	Jahresgesamtsumme:		
	Davon Sozialabgaben:		

Person 2

Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt	Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt		
<i>Bitte eintragen</i>	<i>Bitte eintragen</i>		
Jahresgesamtsumme:	Jahresgesamtsumme:		
	Davon Sozialabgaben:		

Person 3

Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt	Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt		
<i>Bitte eintragen</i>	<i>Bitte eintragen</i>		
Jahresgesamtsumme:	Jahresgesamtsumme:		
	Davon Sozialabgaben:		
Jahresgesamtsumme	Jahresgesamtsumme		

Referat 20

Person 4			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	

Person 5			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	

Person 6			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	
Jahresgesamtsumme		Jahresgesamtsumme	

Person 7			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	
Jahresgesamtsumme		Jahresgesamtsumme	

Referat 20

Person 8			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	

Person 9			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	

Person 10			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	
Jahresgesamtsumme		Jahresgesamtsumme	

Person 11			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	
Jahresgesamtsumme		Jahresgesamtsumme	

Referat 20

Person 12			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	

Person 13			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	

Person 14			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	
Jahresgesamtsumme		Jahresgesamtsumme	

Person 15			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	
Jahresgesamtsumme		Jahresgesamtsumme	

Anlage 3 Honorarausgaben und Aufwendungen für Ehrenamtliche

In Anlegung an die "Richtlinie für die Förderung der stadtteilbezogener Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen".

Bitte beachten Sie, dass diese Ausgaben **keine** Personalausgaben, sondern bei Sachausgaben als Dienstleistungen einzutragen sind.

Tätigkeitsbeschreibung	Stundenlohn (netto)
Tätigkeit von Jugendlichen (Aufwandsentschädigung)	9,00 €
Anleitung von Kinder- und Jugendgruppen durch studentische Kräfte	15,00 €
Sozialpädagogische Tätigkeiten, die eine abgeschlossene Hochschulausbildung oder gleichwertige Kenntnisse voraussetzen	19,00 €
Tätigkeit externer Personen mit Expertise und spezifischen Fachkenntnissen	31,00 €

Bei der Bemessung der Gesamtsumme der Honorartätigkeit werden die Vorbereitungs-, Anfahrts-, Vortrags- sowie Nachbereitungszeit in einem angemessenen Zeitrahmen berücksichtigt.

Für diesen Verwendungszweck **eingesetzte Honorarkräfte**

Personen	Qualifikation/Funktion	Honorarstundensatz	Arbeitsstunden pro Woche
		Gesamtsumme	

Für diesen Verwendungszweck tätige Ehrenamtliche mit Aufwandsentschädigung					
bis 5	bis 10	bis 15	bis 20	bis 25	bis 30
Geschätzte Summe der Aufwandsentschädigung in €					

Anlage 4 Ausgaben

Finanzierungsplan
Projektförderung
Gesamtausgaben des Projekts

Bezeichnung des Projekts und Zeitraum	2023	2024	2025	Gesamt
	bewilligte Ausgaben	beantragte Ausgaben	geplante Ausgaben	beantragte Ausgaben
	€	€	€	€
I. Personalausgaben				
1. Vergütungen etc.				
2. Sozialabgaben				
II. Sachausgaben				
1. Miete				
2. Bewirtschaftungskosten				
3. Büroausgaben				
4. Dienstleistungen				
5. Öffentlichkeitsarbeit, Werbung				
6. projektbezogene Sach- und Materialkosten				
7. pauschale Sachausgaben				
sofern über 500,00€ genaue Aufstellung der Ausgaben, falls nicht in der Förderrichtlinie festgelegt				
III. Investitionsausgaben				
1. Baumaßnahmen				
2. sonstige Beschaffungen				
Ausgaben gesamt				

Anlage 5 Finanzierungsplan

Finanzierungsplan Projektförderung Finanzierung		2023	2024	2025
		bewilligt €	beantragt €	Planung €
Einnahmen gesamt				
Eigenanteil				
<input type="text"/>				
<input type="text"/>				
Erwartete Einnahmen				
<input type="text"/>				
<input type="text"/>				
Leistungen Dritter				
<input type="text"/>				
<input type="text"/>				
Sonstige Förderung Bremens (ohne die beantragte)				
<input type="text"/>				
<input type="text"/>				
Sonstige öffentliche Förderung (ohne die beantragte)				
<input type="text"/>				
<input type="text"/>				
Ausgaben gesamt				
Ausgaben konsumtiv				
Ausgaben investiv				
Fehlbedarf				
Beantragte Zuwendung				
Prüfergebnis		0	0	0

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers/der
Antragstellerin

Anlage B: Nachweis pauschale Ausgaben

Umlage (Kostenart) Summe VwGK (in €)	Umlage VwGK zuwendungs- finanzierter Bereich (in €)	Anteil (in %)
Geschäftsführung/ Vorstand		
Finanzen		
EDV		
Beschaffung u. zentrale Dienste		
Miete/Raumaus- gaben		
Instandhaltung		
Öffentlichkeits- arbeit		
Personal zentrale Verwaltung/Aus- bildung		
Interne Revision/Daten- schutz		
Interessen- vertretung		
Gesundheits- management		
Steuerberater/ Wirtschaftsprüfer		
.....		
Summe		

Achtung: Es handelt sich hier lediglich um eine beispielhafte Aufzählung von Kostenarten, die in die Umlage einfließen. Diese kann um weitere Punkte ergänzt werden.

Förderrichtlinie der Stadtgemeinde Bremen zur Förderung von Angeboten im Kinderschutz zur Verbesserung der Lebenssituation junger Menschen

1. Zuwendungszweck und Rechtsgrundlage

Die Stadtgemeinde Bremen fördert Angebote für junge Menschen, ihre Familien, Angehörige, Fachkräfte und weitere Beteiligte, die zum Schutz und Wohl junger Menschen beitragen. Hierzu zählen insbesondere auch Leistungen in den Bereichen Prävention, Intervention und Nachsorge bei Kindeswohlgefährdungen im Rahmen des Bündnisses „Kinderschutz“.

Die Freie Hansestadt Bremen gewährt nach Maßgabe der §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO), der dazugehörigen Verwaltungsvorschriften (VV) und dieser Richtlinie Zuwendungen für Leistungen im Bereich des Kinder- und Gewaltschutzes. Ein Rechtsanspruch auf eine Zuwendung besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach pflichtgemäßem Ermessen.

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Angebote und Dienste, die geeignet sind, die Lebenssituation junger Menschen und ihrer Familien zu verbessern und zum Schutz und Wohl von Kindern und Jugendlichen beizutragen. Dazu zählen:

- **Beratungsangebote** für junge Menschen und deren Familien, insbesondere in belastenden Familiensituationen.
- **Unterstützung** von Fachkräften im Jugendamt bei der Gefährdungseinschätzung nach § 8a SGB VIII.
- **Unterstützung** von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe nach §§ 8a, 8b SGB VIII, § 4 KKG bei Vermutung auf Kindeswohlgefährdung und Fragen des Kinderschutzes sowie zu pädagogischen Themen.
- **Präventionsprogramme** in der Lebenswelt junger Menschen (z. B. Familie, Kita, Schule, Sportvereine und weitere).
- **Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit** zur Sensibilisierung für Kinderschutzthemen.
- **Organisation von Veranstaltungen und Projekten**, die sich mit dem Schutz junger Menschen befassen.
- **Fortbildungen, Fachtage und Publikationen** zum Thema Kinder- und Gewaltschutz.

2.1 Zielvorgaben und Evaluation der Angebote

Stärkung des Schutzes und des Wohls junger Menschen

Die Beratungsstellen sollen Familien oder junge Menschen in belastenden Lebenslagen unterstützen und beratend begleiten. Dabei geht es insbesondere um Belastungen im Zusammenhang mit allen Formen der Gewalt. Bei Vermutung auf Kindeswohlgefährdung soll eine Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und weiteren relevanten Akteuren erfolgen, um geeignete Schutzmaßnahmen sicherzustellen.

Qualitätssteigerung der Beratung und Prävention im Kinderschutz

Durchführung sowie Beteiligung an Fachtagen oder Fortbildungen zu Themen des Kinder- und Gewaltschutzes sollen zur Qualifizierung von Fachkräften des Jugendamtes der Stadtgemeinde Bremen sowie freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe beitragen. Im Rahmen der geförderten Leistungen sollen jährlich Präventions- und Fortbildungsangebote für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe durchgeführt werden.

Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit

Beteiligung und Pflege an Netzwerken relevanter Akteure im Kinderschutz, um eine effektive und koordinierte Unterstützung junger Menschen zu gewährleisten.

Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung

Gezielte Öffentlichkeitsarbeit, z. B. durch Flyer, Social Media und lokale Veranstaltungen, um die Bekanntheit der Beratungsangebote zu steigern und mehr betroffene Familien und junge Menschen zu erreichen. Durchführung von mindestens einer öffentlichkeitswirksamen Aktivität pro Jahr, die auf die Bedeutung des Kinder- und Gewaltschutzes aufmerksam macht und Hilfsangebote präsentiert.

3. Zuwendungsempfänger

Antragsberechtigt sind anerkannte Träger der freien Jugendhilfe, deren Geschäftssitz oder Tätigkeitsschwerpunkt in der Stadtgemeinde Bremen liegt. Die Träger müssen über nachgewiesene Erfahrung im Bereich Kinder- und Gewaltschutz sowie über Angebote und Unterstützungsprogramme nach Punkt 1 dieser Richtlinie verfügen.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

Die Förderung erfolgt nach den Verwaltungsvorschriften zu §§ 23 und 44 LHO. Zuwendungen werden nur für Angebote bewilligt, die noch nicht begonnen haben, es sei denn, es wurde eine Ausnahme gewährt. Der Einsatz eigener Mittel (z. B. Spenden, Einnahmen aus den Angeboten) ist darzustellen.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

Die Förderung erfolgt als institutionelle Förderung, und es wird eine Teilfinanzierung in Form einer Anteils- oder Fehlbedarfsfinanzierung gewährt. Ein eigener Anteil und weitere Drittmittel sind stets zu prüfen. Bei der Prüfung des Eigenanteils und der Drittmittel werden auch die Finanzkraft des Trägers sowie spezifische Verhältnisse berücksichtigt um sicherzustellen, dass nur notwendige Mittel gewährt werden. In Härtefällen kann die Förderstelle Ausnahmen zulassen, etwa wenn ein Träger begrenzte finanzielle Ressourcen hat oder der Eigenanteil den Förderzweck gefährdet.

6. Verfahren

Der Antrag auf Förderung ist schriftlich bei der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration einzureichen. Dem Antrag sind alle notwendigen Angaben und Unterlagen beizufügen.

7. Auftragsvergabe und Beschaffung

Bei der Vergabe von Aufträgen ist das „Bremische Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe (Tariftreue- und Vergabegesetz)“ zu beachten.

8. Verwendungsnachweisverfahren

Zuwendungsempfänger müssen bis zum 30. Juni des Folgejahres einen Verwendungsnachweis vorlegen. Dieser umfasst einen Sachbericht und einen zahlenmäßigen Nachweis gemäß den Vorgaben der Landeshaushaltsordnung.

9. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Die Zuwendungsbedingungen richten sich nach den allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I). Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, Gender Budgeting zu berücksichtigen.

10. Geltungsdauer

Diese Förderrichtlinie tritt am 1. Januar 2025 in Kraft und gilt zunächst für fünf Jahre.

Anlage A:

Antragsformular mit dazugehörigen Anlagen

Antrag auf institutionelle Förderung

Hiermit beantragen wir für das Haushaltsjahr 2025
eine Zuwendung in Höhe von: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

1. Allgemeine Angaben	
Antragsstellung für (genaue Bezeichnung)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Name der verantwortlichen Ansprechperson	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
E-Mail	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Telefon	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
FAX	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Bankverbindung	
Kontoinhaber: in	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
IBAN	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Bankinstitut	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Antragssteller: in-ID (falls bekannt)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
2. Angaben zum Antrag	
Kurzbezeichnung/Antragstitel	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Standort des Projekts	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Förderzeitraum	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Gesamtfinanzierung gesichert	
<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein (dadurch ist eine Finanzierung nicht möglich)

3. Angaben zur Einrichtung

Informationen zur Einrichtung liegen bereits vor, Ja  weiter mit Punkt 4
 nein

Seit wann ist Ihre Einrichtung in diesem Bereich aktiv? Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Beschreiben Sie kurz die Aufgaben Ihrer Institution.

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe	<input type="checkbox"/> Ja, seit	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
---	-----------------------------------	---

	<input type="checkbox"/> Nein	
--	-------------------------------	--

Berechtigung zum Vorsteuerabzug

<input type="checkbox"/> Ja, die Umsatzsteuer-ID lautet: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Im Kosten- und Finanzierungsplan nur Netto-Beträge angeben
--	--

Nein



4. Verwendungszweck	
Schildern Sie die Bedarfe für die Massnahme. Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Welche Zielgruppen werden erreicht? Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Welche Methoden werden eingesetzt, um die Zielgruppe zu erreichen? Ausgaben müssen sich im Verwendungsnachweis nachvollziehbar wiederfinden. Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Wird das Projekt in Kooperation mit einem anderen Träger durchgeführt? Die Angabe von Kooperationspartner:innen ist auch erforderlich, wenn diese sich nicht finanziell beteiligen.	
<input type="checkbox"/> Ja mit folgenden Kooperationspartner:innen	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
<input type="checkbox"/> Nein	
Vorgegeben ist die Teilnehmendenstatistik nach Geschlecht und Alter. Diese Daten müssen erhoben werden. Falls nicht in einer Förderrichtlinie festgelegt, beachten Sie hierzu den Bewilligungsbescheid	
In welcher Form und in welchem Umfang tragen Sie durch Eigenleistung zur Durchführung des Vorhabens bei? (Zum Beispiel durch den Einsatz Ehrenamtlicher ohne Aufwandsentschädigung)	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	

Anlage 1 Erklärung
Anlage 2 Stellenplan
Anlage 3 Honorarausgaben und Sachaufwendungen
Anlage 4 Finanzierungsplan

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers/der
Antragstellerin



Anlage 1

Erklärung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn, zur Einhaltung von Verwaltungsverordnungen zum Mindestlohngesetz, zum Besserstellungsverbot und zum Datenschutz

Laut Landeshaushaltsordnung dürfen Zuwendungen grundsätzlich nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind.

Falls ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn notwendig ist, kann dies im Einzelfall mit einer kurzen Begründung beantragt werden. In diesem Fall kann ein Vorbescheid ergehen, der - ohne Rechtsanspruch auf eine spätere Zuwendung - den vorzeitigen Maßnahmenbeginn zulässt.

Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn?

Ja

Nein

Begründung zwingend erforderlich: [Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.](#)

Mir/uns ist bekannt, dass ein Beginn der Maßnahmen - dazu zählt bereits der Abschluss eines der Ausführung zugrundeliegenden Lieferungs- und Leistungsvertrages (z. B. Bestellung, Kaufvertrag, Honorarvertrag) - ohne vorherige Bewilligung bzw. schriftliche Zustimmung der Bewilligungsbehörde den Förderausschluss zur Folge hat.

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass mit der geplanten Maßnahmen noch nicht begonnen wurde. Und vor Erhalt eines Bescheides wird auch nicht mit der geplanten Maßnahme begonnen.

Landesmindestlohngesetz

Der/die Zuwendungsempfänger: in hat seinen Arbeitnehmer: innen mindestens den nach dem Dementsprechend verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, meinen/unseren Arbeitnehmer: innen mindestens ein Entgelt je Zeitstunde gemäß dem aktuell gültigen Mindestlohngesetz für das Land Bremen (Landesmindestlohngesetz) zu zahlen.

Wird kein Mindestlohn gezahlt, kann der Zuwendungsbescheid auch mit Wirkung für die Vergangenheit widerrufen werden. Bereits gewährte Zuwendungen wären in diesem Fall nach Maßgabe des § 49a BremVwVfG zu erstatten.

Besserstellungsverbot

Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen nach § 23 LHO zur institutionellen Förderung dürfen nur mit der Auflage bewilligt werden, dass der/die Zuwendungsempfänger:in seinem Beschäftigten nicht besserstellt als vergleichbare Beschäftigte der bremischen Verwaltung; vorbehaltlich einer abweichenden tarifvertraglichen Regelung dürfen deshalb keine günstigeren Arbeitsbedingungen vereinbart werden, als sie für Beschäftigte der bremischen Verwaltung jeweils vorgesehen sind. Entsprechendes gilt für die Projektförderung, wenn die Gesamtausgaben des/der Zuwendungsempfängers/Zuwendungsempfängerin überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Ausnahmen aufgrund einer abweichenden tarifvertraglichen Regelung dürfen grundsätzlich nicht zu einer Erhöhung der Zuwendung führen. Mehrausgaben aufgrund der Finanzierung der besser gestellten Beschäftigten sind durch Eigenmittel oder durch Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben des Zuwendungsempfängers aufzufangen. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind besonders zu begründen.



Datenschutz/Kontrollen

Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens erforderlich ist (§ 11 Abs. 1 Bremisches Datenschutzgesetz - BremDSG).

Es gelten die

Auskunfts- und Berichtigungsrechte nach dem BremDSG in der jeweils geltenden Fassung.

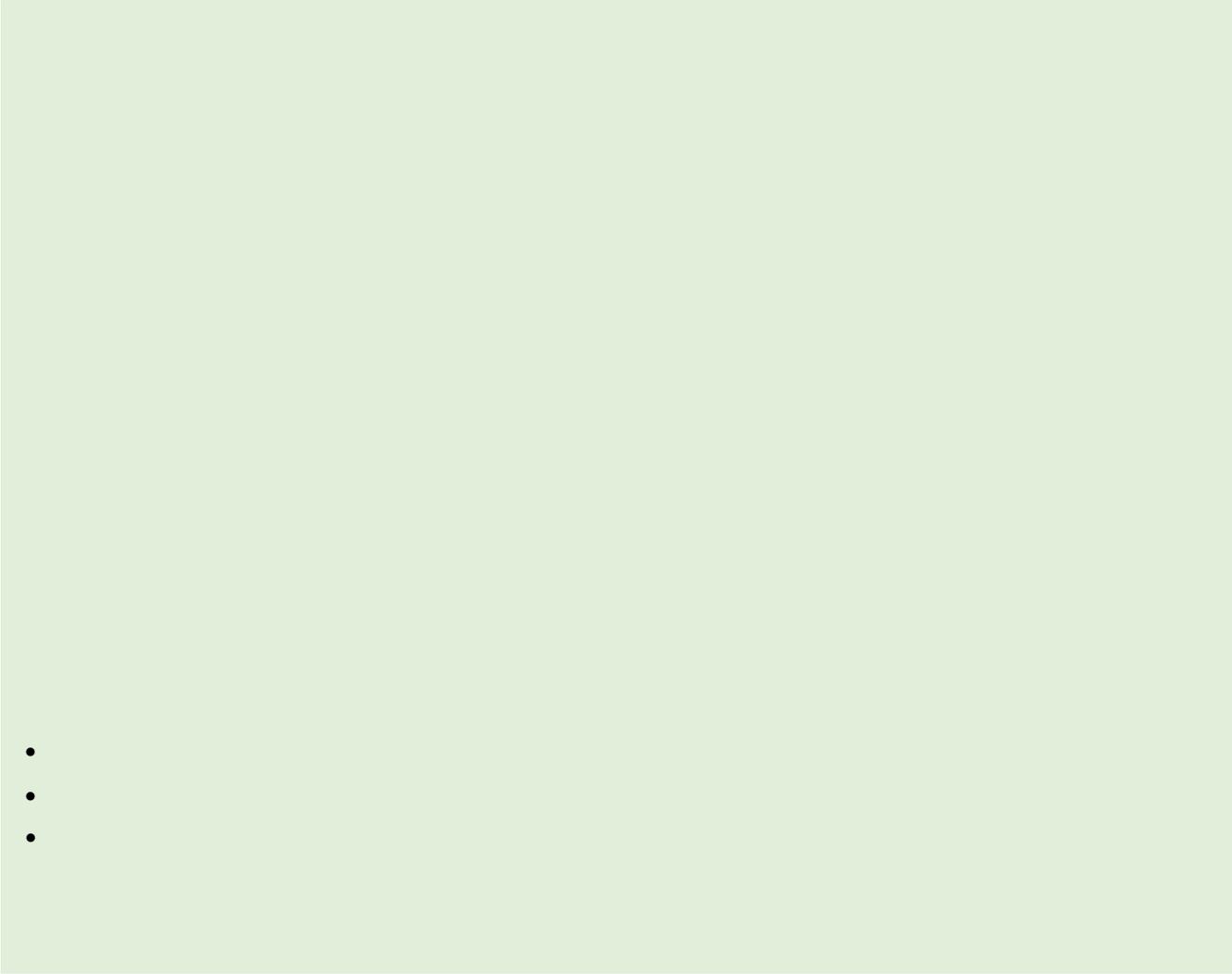
Mir/Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben (vgl. § 3 Datenschutz-ordnung der Bremischen Bürgerschaft) die Namen der Zuwendungsempfänger: innen, die Höhe der Zuwendung, der Zweck (ggf. mit einer Darstellung der regionalen Zuordnung der Maßnahme) sowie die Zuwendungsart und die Finanzierungsart im Rahmen eines Zuwendungsberichts - sofern überwiegende schutzwürdige Interessen nicht entgegenstehen - veröffentlicht werden. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des/der Zuwendungsempfängers/Zuwendungsempfängerin bzw. des Zweckes nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Dies ist beispielweise der Fall, wenn die Angaben den/der Zuwendungsempfänger/Zuwendungsempfängerin in seiner besonderen persönlichen Situation (gesellschaftliche, familiäre, wirtschaftliche, rechtliche) nachteilig berühren und aus diesem Grund ein Interesse an der Nichtverwendung der Daten besteht. Der Zuwendungsbericht wird auch im Internet veröffentlicht.

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass

- die Angaben im und zum Antrag zu statistischen Zwecken gespeichert werden können.
- die Angaben im und zum Antrag zu statistischen Zwecken gespeichert werden können.
- meine/unsere Daten (Bezeichnung des Projekts, Ansprechpartner: in für Interessierte / Anmeldung von Teilnehmer: innen, Zeitpunkt, Ort etc.) in einer Übersicht der geförderten Projekte auf der Internetseite der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen veröffentlicht werden

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers/der
Antragstellerin



-
-
-



Referat 20

Anlage 2 Stellenplan

Bitte für alle festangestellten Mitarbeitenden ausfüllen.

Person 1

Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	

Person 2

Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	

Person 3

Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	
Jahresgesamtsumme		Jahresgesamtsumme	

Referat 20

Person 4			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	

Person 5			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	

Person 6			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	
Jahresgesamtsumme		Jahresgesamtsumme	

Person 7			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	

Referat 20

Jahresgesamtsumme		Jahresgesamtsumme	
Person 8			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	

Person 9			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	

Person 10			
Beschäftigt seit		Entgeltgruppe	
Beschäftigt als		Stufe	
Angaben zum Tarif (TV-L, TVöD, o.a.)		Arbeitszeit laut Arbeitsvertrag	
Arbeitszeitanteil in der beantragten Maßnahme		Evtl. Zulagen, Besitzstände etc.	
Monatl. Arbeitnehmer:innen – Brutto-Entgelt		Monatl. Arbeitgeber:innen - Brutto-Entgelt	
<i>Bitte eintragen</i>		<i>Bitte eintragen</i>	
Jahresgesamtsumme:		Jahresgesamtsumme:	
		Davon Sozialabgaben:	
Jahresgesamtsumme		Jahresgesamtsumme	

Anlage 3 Honorarausgaben und Aufwendungen für Ehrenamtliche

In Anlegung an die "Richtlinie für die Förderung der stadtteilbezogener Kinder- und Jugendarbeit in der Stadtgemeinde Bremen".

Bitte beachten Sie, dass diese Ausgaben **keine** Personalausgaben, sondern bei Sachausgaben als Dienstleistungen einzutragen sind.

Tätigkeitsbeschreibung	Stundenlohn (netto)
Tätigkeit von Jugendlichen (Aufwandsentschädigung)	9,00 €
Anleitung von Kinder- und Jugendgruppen durch studentische Kräfte	15,00 €
Sozialpädagogische Tätigkeiten, die eine abgeschlossene Hochschulausbildung oder gleichwertige Kenntnisse voraussetzen	19,00 €
Tätigkeit externer Personen mit Expertise und spezifischen Fachkenntnissen	31,00 €

Bei der Bemessung der Gesamtsumme der Honorartätigkeit werden die Vorbereitungs-, Anfahrts-, Vortrags- sowie Nachbereitungszeit in einem angemessenen Zeitrahmen berücksichtigt.

Für diesen Verwendungszweck **eingesetzte Honorarkräfte**

Personen	Qualifikation/Funktion	Honorarstundensatz	Arbeitsstunden pro Woche
		Gesamtsumme	

Für diesen Verwendungszweck tätige Ehrenamtliche mit Aufwandsentschädigung					
bis 5	bis 10	bis 15	bis 20	bis 25	bis 30
Geschätzte Summe der Aufwandsentschädigung in €					

Anlage 4 Finanzierungsplan

Finanzierungsplan		2024	2025	2026
		bewilligt	beantragt	Planung
		€	€	€
Einnahmen gesamt				
Eigenanteil				
Erwartete Einnahmen				
Leistungen Dritter				
Sonstige Förderung Bremens (ohne die beantragte)				
Sonstige öffentliche Förderung (ohne die beantragte)				
Ausgaben gesamt				
Ausgaben konsumtiv				
Ausgaben investiv				
Fehlbedarf				
Beantragte Zuwendung				
Prüfergebnis		0	0	0

Ort, Datum

Unterschrift des
Antragstellers/der
Antragstellerin